

Unser Problem in Deutschland mit den Schulen

Was ist dabei politisch korrekt und was ist politisch unkorrekt?

Als um die Jahrhundertwende des vorigen Jahrhunderts die damals entstandenen und links orientierten Parteien mehr Chancengleichheit im Bildungswesen für alle Menschen in Deutschland forderten, war das mit Sicherheit sehr sinnvoll.

Es gab zwar so etwas wie Schulpflicht für Kinder bereits seit Luthers Zeiten, aber von Ort zu Ort wurden die Bedingungen unterschiedlich ausgelegt oder es fehlten gar komplette öffentliche Bildungseinrichtungen, so dass Bildung und Ausbildung weitestgehend vom monetären Vermögen der Eltern abhing.

Kindern armer Eltern war der Weg zur Bildung oft verbaut und verwehrt.

Jedoch spätestens nach Ende des zweiten Weltkrieges war im Westen Deutschlands durch die neuen festgelegten Zuständigkeiten durch die Bundesländer und verbunden mit der allgemeinen Schulpflicht die Rahmenbedingungen geschaffen, so dass jedem Kind staatlich gefördert unentgeltlich Bildung offen steht und damit Chancengleichheit hergestellt wurde.

Bildungsverlierer

Eigentlich, so sollte man denken, ist damit doch alles perfekt und unsere Kinder und Enkel können sich den Herausforderungen der neuen Zeit, den immer mehr werdenden Wissensanforderungen der Zukunft, erfolgreich stellen. Aber irgendwie hat man den Eindruck unsere Kinder werden immer mehr zu Bildungsverlierern.

In der Presse liest man, dass die Industrie und Handwerk über Fachkräftemangel klagt und selbige im Ausland angeworben werden muss. Ebenso beklagen sie, dass sie nicht genügend geeignete Ausbildungsanwärter bekommen, die auch des Schreibens und Rechnens mächtig sind.

In anderen Pressebeiträgen wird darauf hingewiesen, dass an Deutschland die Entwicklung der IT-Branche vorbei eilt, weil in den Schulen diese wichtige Technik nicht ausreichend geübt und gelehrt wird.

Dagegen betitelt am 18. Juni die WAZ „müssen Studienbewerber künftig Gebühren zahlen? – Bundesländer stoppen die Finanzierung“. Am 19.06. erfährt man, bei den Ausgaben je Schüler für Bildung liegt NRW an letzter Stelle. Und am 27.Juni erfährt man, dass die NRW-Bildungsministerin die finanzielle Mittel für Lehrer halbiert, die eigentlich dabei helfen sollen, dass für die Schüler keine Schulstunden ausfallen, durch Krankheit, Mutterschaft in der Lehrerschaft .

Wenn man solche Meldungen hört und tiefer in diese Problematik einsteigt, gewinnt man immer mehr den Eindruck, dass auf Grund eines

totalen Durcheinanders, je nach politischer Ausrichtung der Verantwortlichen in den deutschen Bundesländer, auf dem Rücken der Kinder regelrecht „Schul-Kriege“ ausgefochten werden. Dazu kommt das Unvermögen der Länder und Kommunen, so dass auf Grund klammer Kassen den schulpolitischen Experimenten überhaupt nicht Folge geleistet werden kann.

Jedoch Vorsicht, wer so denkt und argumentiert bewegt sich auf einem schmalen Grat zwischen politischer Korrektheit und Inkorrektheit.

Betrachten wir den Umstand, dass derzeit mit der Sekundarschule eine fünfte weiterführende Schulform eingeführt werden soll. Dabei wird als vollkommen politisch korrekt dafür z.B. in Velbert eine gut angesehene und leistungsstarke Realschule „platt“ gemacht.

Hauptschulen werden gemobbt

Ebenfalls politisch korrekt ist es, dass Hauptschulen derart „gemobbt“ werden, mit dem Ergebnis, dass trotz enormer Anstrengung und Gegenwehr sehr engagierter Lehrer diese Schulform als „Auslaufmodell“ hin gestellt wird und immer weniger Schüler dort beschult werden. Diskriminierung der Hauptschulen ist politisch korrekt eben kein Straftatbestand.

Jedoch immer noch wird von den Ideengebern auch politisch korrekt die früher geforderte „Chancengleichheit“ bemüht, um die Einführung der Sekundarschule zu begründen.

Dagegen ist deshalb politisch unkorrekt gedacht, wenn jemand mutmaßt, dass vielleicht „Gleichmacherei“ beabsichtigt ist?

Statt dass den Kindern mehr Wissen beigebracht wird, wird durch Wegfall des 13. Schuljahres, sogar die Lernzeit verkürzt. Stolz wird verkündet „die Zwölfer haben einen genauso gute Abschluss hin gelegt, wie die Dreizehner“.

Politisch korrekt wird darüber diskutiert, ob demnächst Sitzenbleiben abgeschafft wird und auch auf die Zeugnisnoten verzichtet werden soll. Den Kindern ein gewisses Maß an Leistung und Fleiß abzuverlangen ist verpönt. Auswendiges Lernen und „Pauken“ gilt als Relikt aus feudalistischer Zeit. Dafür lernen die Schüler vielerorts z.B. kaum etwas über die Zusammenhänge von Wirtschaft und Finanzen. Es wird zwar Solidarität zwischen begabten Schülern und weniger begabten Schülern eingefordert, dabei wird jedoch aller Lernfortschritt abhängig von letzteren Schülern gemacht.

Politisch unkorrekt sind deshalb auch Informationen in der Presse, nach denen an Schulen und Universitäten der Notendurchschnitt zwar immer besser wird, aber immer mehr Schulabgänger als nicht ausbildungsfähig bezeichnet werden, trotz aller Fördermaßnahmen.

Andererseits liest man: es fallen immer mehr Schulstunden aus, weil zu wenige Lehrer verfügbar sind, obwohl doch ein zusätzlicher Mehrbedarf an Lehrpersonal auf Grund der angestrebten Inklusion besteht.

Wissen verleiht Macht.

Man könnte zu der Erkenntnis gelangen, dass schlaue Kinder und Jugendliche unerwünscht sind, weil man von ihnen im Erwachsenenalter die Fähigkeit zum selbständigen Denken und Handeln erwarten könnte. Ebenso wesentlich größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen.

Denn mittlerweile, schon wieder nur hinter vorgehaltener Hand, werden Meinungen geäußert: „Je mehr Menschen vom Existenzminimum leben müssen und nicht mehr haben als alle anderen auch, sind aus Erfahrung aus früheren Jahren oder auch aus der früheren DDR, politisch leichter zu manipulieren und zu regieren“.

Aber so darf nicht gedacht werden, weil es politisch entlarvend wäre. Andererseits ist aber bekannt: „Wissen verleiht Macht und Unwissenheit macht ohnmächtig“.

Es darf auch nicht behauptet werden, weil ebenfalls politisch unkorrekt, dass mit Einführung der Sekundarschulen der Angriff auf den Bestand von Realschulen und Gymnasien eingeläutet und der Weg zur Einheitsschule vorbereitet wird.

Vielmehr ist es politisch vollkommen korrekt, dass bezüglich der Einführung der neuen Schulform eine Elternbefragung durchgeführt werden muss. Dabei sind aber nur die Eltern befugt sich für oder gegen die Sekundarschule zu äußern, die zufällig ein Kind haben, welches im nächsten oder übernächsten Jahr von der Grundschule auf eine weiterführende Schule wechseln wird. Der Wille der „Zufallseltern“ ist also politisch vollkommen korrekt maßgebend für die künftige Schullandschaft und stellt eigentlich ein normales Demokratieverständnis total auf den Kopf.

Hier kann man den Sinnspruch eines deutschen Politikers nachvollziehen, der da lautet: „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und die Diejenigen, die gewählt wurden, haben nicht zu entscheiden“.

Der Reichtum eines Landes

Der wahre Reichtum eines Landes besteht in der Intelligenz seiner Bevölkerung. Dieser Reichtum wurde und wird jedoch seit geraumer Zeit verspielt durch Ideologien die bereits vor 150 Jahren, heute würde man sagen: im linken Polit-Lager entwickelt wurden - also scharf überlegt eigentlich keine neuen modernen Ideen sein können - dafür politisch korrekt als Pflicht zur Gleichheit ausgelegt werden. Das bürgerliche parteipolitische Lager als Gegenpol hat jedoch dem nichts entgegen zu setzen und verharrt in Lethargie. Dabei müssen wir Ungleichheit aushalten, wenn wir Freiheit wollen.

Es darf also trefflich darüber gestritten werden, ob die Bewahrer des dreigliedrigen Schulsystems oder Jene, die sich dem Mainstream im Schulwesen unterwerfen, vorgehalten werden muss, gestrigen Ideen anzuhängen.

Was unseren Kindern und Jugendlichen heute im Bildungswesen hauptsächlich fehlt sind nicht die seit Jahren andauernden „Schulsystemexperimente“ mit stetem Mangel an finanzieller Ausstattung, sondern je nach persönlichem Vermögen ein mehr an Bildung, gepaart mit Kontinuität und Verlässlichkeit und vor allem ein Mehr gut ausgebildeter Pädagogen.

Die fehlende Kontinuität und Verlässlichkeit, zuzüglich das Fehlen von Transparenz im gesamten Schul- und Ausbildungswesen, sind deshalb ausschlaggebend dafür, dass sich Eltern in ihrer Entscheidung zunehmend unsicher fühlen, welche Schulform für ihre Kinder im dreigliedrigen weiterführenden Schulsystem der bessere Bildungsweg ist. Deshalb wurde vielfach der „Strohalm“ Gesamtschule ergriffen. Mit dem Modell der Sekundarschule wird auf Grund des längeren miteinander Lernen die Unsicherheit nicht behoben, sie wird nur auf einen späteren Zeitpunkt verlagert.

Seien wir uns gewiss, schon in absehbarer Zeit muss dann der sechsten Schulform, mit dem Modell der Einheitsschule politisch korrekt zu gestimmt werden.

Velbert den 03.07.2013
Dietger Döhle

Wilhelmshöhe was nun?

Man kann der SPD nur Recht geben, dass sich die CDU in Sachen Bebauung Wilhelmshöhe mächtig verzockt hat. Der Regierungspräsident verlangt, dass entweder das gesamte Gelände Bauland wird und darum eine Bebauung von nur der Hälfte des Geländes nicht in Frage kommen wird, was einigen Grundstückbesitzern wohl sehr entgegen kommen würde. Aber jetzt Angst zu bekommen, dass nun vielleicht eine Städtische Tochter vor die Wand gefahren würde und man deshalb als SPD trotz Bauchschmerzen und anders lautenden Beteuerungen doch einer Bebauung zustimmt um keinen Schaden für die Stadt entstehen zu lassen, wird ja wohl auf keinen Fall passieren. Jetzt nach dem Bürgermeister zu schreien ist aber ein Armutszeugnis der SPD. Der Bürgermeister hat ja schon häufiger bewiesen, dass gerade seine Entscheidungen nicht das Non plus Ultra sind. Also grundsätzlich Hände weg von der Bebauung Wilhelmshöhe.

Velbert den 23. Mai 2013
Dirk aus dem Siepen
Ratsmitglied der UVB

In Velbert fehlt ein Programm, um Energiekosten zu senken

Es wird nicht mehr lange dauern, dann werden uns die Velberter Stadtwerke, als örtlicher Lieferant für Gas und Strom, ihre Vorstellungen präsentieren, wie viel wir als Endverbraucher von elektrischem Strom demnächst an Mehrkosten zu zahlen haben.

Alle Verantwortungsträger in Deutschland wissen, dass von Verbrauchern, die regelmäßig und jährlich vorgenommenen Preiserhöhungen als Wucher empfundenen werden. Nur kaum jemand fühlt sich berufen etwas dagegen zu unternehmen.

Dabei gibt es innerhalb Deutschlands Kommunen, die helfen ihren Einwohnern durch gezielte Programme, bei der Senkung der Energiekosten.

Da wird nicht nur, wie von zahlreichen Verbänden und Wissenschaftlern dringend empfohlen, von den Stadtwerken selbst dezentral erzeugter Strom angeboten, sondern es werden Vereinbarungen mit deren Kunden getroffen, um vorfinanziert durch die Stadtwerke, z.B. moderne Wärmepumpen, Sparlampen und anderes dem Kunden zur Verfügung zu stellen. Die angefallenen Auslagen werden anschließend zusammen über die Stromrechnung beim Stadtwerkekunden in kleinen Raten wieder eingefordert.

In Velbert jedoch hatte uns Verwaltung und Politik schon vor Jahren in eine unvorteilhafte Situation manövriert, dadurch dass etwa die Hälfte der Stadtwerke an einen der größten zentral agierenden Energieerzeuger in Deutschland (RWE) verkauft wurde, für eine nur kurzfristige finanzielle Entlastung in Bezug auf den städtischen Haushalt. Inwieweit sich das in den nächsten Jahren noch stärker rächen wird, müssen wir abwarten.

Auf jeden Fall, die Möglichkeiten zum eigenständigen Handeln, wie es zurzeit in unseren Nachbarstädten Wülfrath und Heiligenhaus versucht wird, dürfte in Velbert nicht gegeben sein. Denn wir können kaum damit rechnen, dass der Partner unserer Stadtwerke sich sein profitables Stromgeschäft schmälern lässt.

Durch mehr örtliche Eigeninitiative könnten bei sozial ausgerichteter Kalkulation und geschickter Vermarktung z.B. von selbst erzeugter Energie, finanzielle Gewinne dem städtischen Haushalt zugeführt werden und ihn dauerhaft entlasten. Ebenso die Verbraucher.

Es würde unserer Stadt gut zu Gesicht stehen, wenn den Velberter Einwohnern seitens Politik und Verwaltung mehr direkte Aufmerksamkeit geschenkt würde und man sich durchringen könnte, es anderen Kommunen gleich zu tun, um auch hier dem Bürger Einsparungen bei den Energiekosten zu ermöglichen.

Velbert den 14.2.2013
Dietger Döhle

Zur Wahl in Niedersachsen

Die Frage ist, soll man Schadenfreude empfinden, oder soll man als Nicht-Betroffener einfach darüber hinweg gehen und nur seine Schlüsse ziehen?

Die Rede ist von der für die CDU kürzlich verlorenen Landtagswahl in Niedersachsen.

Hätten die Verantwortlichen der CDU nicht nur machtpolitische Ziele im Auge gehabt, sondern hätten sich mehr für die Bürger ihres Landes interessiert, als die Wahlrechtsreform nötig wurde, dann wäre vielleicht noch ein Sieg für die schwarz-gelbe Koalition heraus gekommen.

Bekanntlich gibt es mindestens zwei Auszählverfahren für Wahlen. Erstens das d'Hondtsche Höchstzahlverfahren und zweitens das Bruchzahlverfahren nach Hare/Niemeyer. Ersteres bevorzugt bei der Ermittlung der Sitze aus Überhang- und Ausgleichsmandaten besonders die zwei großen Parteien, während letzteres auch die kleineren Parteien besser mit in die Sitzverteilung einbezieht.

Auf jeden Fall war bei der Niedersachsenwahl, auf Grund des Wahlrechts, das neue Auszählverfahren ausschlaggebend, dass ein Sitz mehr der SPD zu Gute kam. Im anderen Falle, bei Bevorzugung von Hare/Niemeyer, wäre die FDP Nutznießer gewesen.

Selbst die ach so verschmähten Leihstimmen an die FDP hätten, wären es denn noch 2.000 mehr gewesen, der schwarz-gelben Koalition zum Gewinn verholfen.

Was können wir daraus lernen?

- Glücklicherweise können Wahlen nicht zwingend allein am Reißbrett gewonnen werden.
- Wähler, die kleinen Parteien und Wählergemeinschaften ihre Stimme geben, denken mehr über Politik nach, als Wähler die ausschließlich dem Herdentrieb der sogenannten „großen“ Parteien folgen und sich nur mit deren vagen Versprechungen zufrieden geben.

Dietger Döhle
Velbert, 25. Januar 2013